

Multiprofessionelle Kooperation im Stadtquartier: Beiträge für gelingende Präventions- und Bildungsketten

Gastbeitrag von Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey, Universität Duisburg-Essen, Leiterin der Forschungsabteilung „Bildung, Entwicklung, Soziale Teilhabe (BEST)“ am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ)

Bildungsbiografien sind stark von der sozialen Herkunft abhängig. Um Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen zu stärken, bedarf es einer Präventionskette, die die Bildungskette über Kita und Schule bis hin zum Übergang in Ausbildung oder Studium begleitet. Zu der Präventionskette gehören offen zugängliche Angebote für alle, (Primärprävention), niederschwellige und bedarfsorientierte Formen der Beratung und Förderung in Risikosituationen (Sekundärprävention) und spezifische Hilfen, um die Verfestigung von Problemen zu vermeiden (Tertiärprävention). Um Präventionsleistungen im Stadtquartier bedarfsorientiert bereitzustellen, bedarf es einer guten Kooperation zwischen Akteur:innen aus den Feldern Jugendhilfe (Kitas und andere Akteur:innen der Jugendhilfe, bspw. Offene Kinder- und Jugendarbeit, Allgemeiner Sozialdienst, Fachdienste) und Schule (Grundschulen, Schulen der Sekundarstufe, berufsbildende Schulen). Kitas und Schulen, die in ein lokales Netzwerk eingebunden sind, können Bildungsübergänge vorbereiten und begleiten, primärpräventive Angebote mit ihrem Bildungsauftrag verknüpfen sowie (potenzielle) Probleme früh erkennen und selbst Unterstützung anbieten oder ggf. eine Lotsenfunktion hin zu Fachdiensten wahrnehmen. Diese wiederum können über diese Zusammenarbeit ihre Zielgruppen niederschwellig erreichen, präventive Angebote planen und umsetzen sowie gemeinsam eine ganzheitliche und in ihren Elementen aufeinander abgestimmte Förderung im Einzelfall sicherstellen.

Kooperation im Stadtquartier ist keine Selbstverständlichkeit

Kooperation im Stadtquartier zwischen Jugendhilfe und Schule findet dabei sowohl interorganisatorisch zwischen Schulen, Kitas und anderen Akteur:innen der Jugendhilfe als auch intraorganisatorisch in der einzelnen Schule zwischen Lehrkräften, Schulsozialarbeit und dem Personal in Ganztagsangeboten und ggf. weiteren pädagogischen Kräften statt. Auf besondere Weise institutionalisiert wird die quartiersbezogene Kooperation von Schule und Jugendhilfe in einigen Kommunen durch die Etablierung von Familienzentren an Schulen, um Familien Präventionsangebote zugänglich zu machen und Eltern als Bildungsbegleitung ihrer Kinder zu stärken (Hackstein et al. 2022).

Auch wenn die Bedeutung von Kooperation für die Entwicklung von bedarfsorientierten Angeboten für Kinder und Jugendliche den Beteiligten klar ist, ist die Umsetzung in der Praxis alles andere als selbstverständlich. Die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule erfolgt auf der Basis von jeweils unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen,

Organisationsstrukturen und Professionen (Abbildung 2). Rechtliche Vorgaben setzen zwar einen Rahmen; wie dieser Rahmen ausgefüllt wird, hängt jedoch von der Konkretisierung der rechtlichen Vorgaben auf der lokalen Ebene und vom Handeln der Beteiligten in der täglichen Arbeit ab. Die Kooperationsqualität lässt sich somit als Resultat einer gestaltbaren Wirkungskette begreifen.

Instrument zur Kooperationsanalyse

Mithilfe eines Analyserasters, können sich Akteur:innen aus den unterschiedlichen Feldern zunächst wechselseitig Wissen über relevante Strukturen vermitteln: Welche gesetzlichen Grundlagen und welche Ziele müssen im jeweiligen Feld beachtet werden, wie ist die Arbeit organisiert, welche Restriktionen und welche Handlungsspielräume bestehen, welche Vorgaben zur Kooperation finden sich in den jeweiligen Gesetzen? Daran anknüpfend lässt sich ermitteln, welche lokalen Strukturen für die (Weiter-)Entwicklung der Kooperationsqualität bereits vorhanden sind und welche verändert oder neu geschaffen werden sollten – bspw. Gremien für eine abgestimmte Planung der Angebote im Rahmen von Präventionsketten im Stadtquartier oder Formen der Abstimmung für eine gemeinsame Arbeit mit den Adressat:innen.

Abbildung 1: Analyserahmen: (Weiter-)Entwicklung von Kooperationsqualität (strukturelle Vorgaben für die Felder Jugendhilfe und Schule grün bzw. rot und Formen der Kooperation gelb)

Kooperation an Schnittstellen zwischen Schule und Jugendhilfe



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Stöbe-Blossey et al. 2021, S. 19

Rechtliche Grundlage garantiert keine Kooperationsqualität

Die Konkretisierung von Kooperationsvorgaben und die Etablierung inter- und intraorganisatorischer Kooperationsformate bilden zwar eine strukturelle Grundlage, aber keine Garantie für eine gute Kooperationsqualität.

Diese wird geprägt von Koordinationsformen im Prozess. Hier lassen sich vier Formen feldübergreifender Koordination unterscheiden (Stöbe-Blossey et al. 2019, S. 27-37). Empirische Studien zeigen, dass *Austausch und Lernen* sowie *positive Koordination* zu einer guten Kooperationsqualität – und damit zu guten Ergebnissen im Sinne der Adressat:innen – beitragen, während die Mechanismen der *negativen Koordination* und der *Intervention* eher zu suboptimalen Resultaten führen (Fischer et al. 2023).

Interventionen beinhalten den Versuch, in das jeweils andere Feld einzugreifen, indem andere Akteur:innen zum Handeln aufgefordert und für die Lösung eines Problems für zuständig erklärt werden – bspw., wenn eine Schule von der Kita eine möglichst perfekte Schulvorbereitung anhand von allein durch die Schule definierten Kriterien einfordert. Konflikte sind bei einer solchen Koordinationsform vorprogrammiert.

Negative Koordination bedeutet, dass jede:r Akteur:in ohne Kommunikation mit anderen innerhalb der Grenzen des jeweilige Feldes agiert – bspw., wenn Lehrkräfte den Unterricht und sozialpädagogische Kräfte das Nachmittagsangebot durchführen, ohne dass ein Austausch über die Kinder stattfindet. In solchen Fällen gibt es zwar keine Konflikte, Potenziale einer abgestimmten individuellen Förderung werden jedoch nicht genutzt.

Kommunikation als Grundlage für positive Koordination

Austausch und Lernen basiert auf Kommunikation und trägt über wechselseitige Information zum Aufbau von Wissen übereinander und Vertrauen zueinander bei – vorausgesetzt, die Beteiligten begreifen Information sowohl als Bring- als auch als Holschuld. Damit wird eine Grundlage geschaffen für *positive Koordination* im Sinne eines ressortübergreifenden Zusammenwirkens mit dem Ziel, Lösungsbeiträge zu verbinden und den Gesamtnutzen für die Adressat:innen zu maximieren. Mit Blick auf die Beispiele würde dies bedeuten, dass Schule und Kita sich über Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulstart austauschen und gemeinsam ein Förderkonzept erarbeiten; Lehrkräfte und Ganztagspersonal würden bspw. Möglichkeiten besprechen, Unterrichtsinhalte im Nachmittagsangebot aufzugreifen oder einzelne Kinder gezielt zu fördern. Mit Blick auf derartige Kommunikationsformen können Kooperationsstrukturen mit Leben gefüllt und die Kooperationsqualität weiterentwickelt werden.

Literatur:

Fischer, S. / Hackstein, P. / Stöbe-Blossey, S., 2023: Kommunaler Potenzialgewinn in der Bildungspolitik: Gelingensbedingungen für die Realisierung. In: Brüggemann, C. / Hermstein, B. / Nikolai, R. (Hg.): Bildungskommunen. Bedeutung und Wandel kommunaler Politik und Verwaltung im Bildungswesen. Weinheim [u.a.]: Beltz Juventa, S. 91–107

Hackstein, P. / Micheel, B. / Stöbe-Blossey, S., 2022: Familienorientierung von Bildungsinstitutionen: Potenziale von Familienzentren im Primarbereich. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report 2022-09

Stöbe-Blossey, S. / Brussig, M. / Drescher, S. / Ruth, M., 2021: Schnittstellen in der Sozialpolitik: Analysen am Beispiel der Felder Berufsorientierung und Rehabilitation. Wiesbaden: Springer VS

Stöbe-Blossey, S. / Köhling, K. / Hackstein, P. / Ruth, M., 2019: Integration durch Bildung als Kooperationsaufgabe. Potenziale vorbeugender Sozialpolitik. Wiesbaden: Springer VS

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) fördert das Modellprojekt *Zukunftskieze* und setzt es in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) in Modellregionen um. Die DKJS verantwortet die kommunale/bezirkliche Beratung, Unterstützung und Prozessbegleitung.